

NIEDERSCHRIFT  Stadt Karlsruhe	Gremium:	23. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	26. April 2016, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

29.

**Punkt 29 der Tagesordnung: Armutsprävention bei Rentnerinnen und Rentnern in Karlsruhe: Information über „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)“**

**Antrag der Stadträtinnen und Stadträte Bettina Lisbach, Michael Borner, Istvan Pinter, Renate Rastätter und Joschua Konrad (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 22. März 2016**

**Vorlage: 2016/0145**

**Beschluss:**

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung und Weiterbehandlung im Sozialausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 29 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Bürgermeister Lenz schreibt im Vorwort der Leitlinien gegen die Altersarmut, dass die Umsetzung gegen Altersarmut vielfältiger Ideen, Maßnahmen und Projekte verschiedener Institutionen und Personen bedarf. Jede Idee, die im jeweiligen Arbeitsfeld entwickelt werden kann, ist ein wichtiger Baustein im gemeinsamen Engagement für die Lebensqualität aller Bürgerinnen. Unser Antrag ist heute einer dieser Bausteine, aber die Stadtverwaltung will diesen nicht so recht aufnehmen. Sie begründet dies vor allem mit rechtlichen Problemen. Vielleicht sollten wir nicht so kompliziert an die Sache herangehen. Viele Mitbürgerinnen stellen aus Scham, Nichtwissen oder Angst keine Leistungen auf Grundsicherung und Erwerbsminderung im Alter. Die Aufgabe der Stadtverwaltung sollte nun sein, dass wir diese Ängste durch Aufklärung und Information mindern.

Ich sage z. B. jedem, der alleinstehend ist und dessen Rente weniger als 717 Euro beträgt, dass eventuell ein Anspruch auf Grundsicherung bestehen könnte. Wer Grundsicherung bezieht, hat dann auch das Recht auf den Karlsruher Pass mit weiteren Leis-

tungen wie z. B. einen Bildungsgutschein oder diversen Eintrittsvergünstigungen. Daher schlage ich vor, dass die Stadt Karlsruhe im Sinne einer proaktiven und fürsorglichen Stadtverwaltung über Werbemaßnahmen oder Artikel in der Stadtzeitung Karlsruher Bürgerinnen über Grundsicherung aufklärt. Diese könnte auch sehr gut mit der geplanten Werbemaßnahme für den Karlsruher Pass verknüpft werden.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Armutsbekämpfung hat einen ganz besonders hohen Stellenwert in dieser Stadt, steht hier in der Verwaltungsantwort. Wir haben letzte Woche im Sozialausschuss einen Zwischenbericht der Leitlinien erhalten und da sicherlich sehr viel Positives feststellen können. Dieser Antrag, der uns hier vorliegt, zielt auf zwei Sachen ab. Einerseits sollten die Zahlen eruiert werden. Es scheint einfach nicht zu gehen in dem Umfang. Das sind grobe Schätzwerte. Das Andere ist einfach die Bekanntmachung der Möglichkeit der Grundsicherung und der damit verbundenen weiteren freiwilligen Leistungen in dieser Stadt im Sinne des Karlsruher Passes, mit 60 plus usw. Da sehe ich schon viel getan: Die Rentenversicherungen informieren, Sozialer Dienst, das Seniorenbüro. Ich kann mir durchaus vorstellen, wenn man ein bisschen kreativ ist, es noch die eine oder andere Möglichkeit gibt, hier vermehrt eine Information an diese Menschen zu geben, dass wir dem Ziel der Bekämpfung der Altersarmut in Karlsruhe noch näher kommen.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Die Forderungen des Antrags der Kolleginnen und Kollegen der Grünen wären wünschenswert, sind aber, wie nun mal der Stellungnahme zu entnehmen ist, nicht von der Stadt Karlsruhe zu leisten außer im Rahmen unserer Beratungsangebote. Datenschutzrechtlich könnte es auch kritisch sein. Im letzten Sozialausschuss haben wir über Aspekte gesprochen. Uns ist klar, dass Altersarmut eine ganz große Herausforderung der Zukunft ist. Als Politiker, aber auch als Privatperson, sind wir alle gefordert, mit dafür zu sorgen, dass ältere Menschen - überproportional sind es ja ältere Frauen, die aus Scham eben nicht die ihnen zustehenden Leistungen in Anspruch nehmen -, dass das hoffentlich abgebaut wird. Es ist sicher Aufgabe des Gemeinderates, im Sozialausschuss, insbesondere in unseren Sozialklausuren, weitere Maßnahmen zu entwickeln, wie wir hier zumindest dem Problem begegnen können. Wir können es sicher nicht verhindern.

**Stadtrat Braun (KULT):** Als soziale Stadt in einem reichen Land haben wir natürlich den Anspruch, dass niemand, der hier lebt, von Armut jedweder Art betroffen sein muss. Erschreckend nahm ich zur Kenntnis von der hier zitierten Studie der Hans-Böckler-Stiftung, die herausfand, dass rd. 68 % der Grundsicherungsberechtigten das Angebot nicht in Anspruch nehmen. Hier muss vor allem geklärt werden, was die Gründe dafür sind: Sind die Berechtigten unzureichend informiert, haben sie eine Hemmung vor dem Gang zum Amt, was sind die Ursachen.

Mit der Antwort haben wir aber auch erfahren, dass die Ermittlung der genauen Zahlen, wer in Karlsruhe anspruchsberechtigt ist oder wer anspruchsberechtigt ist und trotzdem keinen Anspruch erhebt, aktuell nicht möglich ist. Einzig Beratungsgespräche vom Sozialen Dienst und dem Seniorenbüro sind vor allem mit Blick auf die angesprochene Quote aus Sicht meiner Fraktion dennoch nicht ausreichend. Es muss sich nun weiterhin, gerne im Sozialausschuss, Gedanken gemacht werden, wie man die momentan doch unzufriedenstellende Situation noch positiver gestalten kann. Denkbar für

meine Fraktion wäre beispielsweise auch eine Kampagne, die sich allen in Karlsruhe lebenden Menschen im Rentenalter öffnet. Das dann aber, wie gesagt, gerne im Sozialausschuss.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Karlsruhe ist, wie die Antwort der Verwaltung zeigt, auf einem guten bis sehr guten Weg. Wir haben es jetzt in der Klausur erfahren. Da wurde auch bekanntgegeben, dass jeder Rentner, der in Rente geht, eine Information bekommt, wo er Sonderbezüge usw. bekommen kann. Wir kratzen aber hier nur auf der Oberfläche dieses Problems. Es muss im Rahmen einer großen Rentenreform in Berlin von der GroKo geregelt werden, die über eine große Mehrheit verfügt, zumindest noch bis zu den nächsten Bundestagswahlen.

**Der Vorsitzende:** Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Ich habe jetzt bei zwei Wortbeiträgen den Vorschlag herausgehört, darüber im Sozialausschuss noch einmal zu reden. Ich würde das gerne aufnehmen. Im Grunde müsste es dann eigene Mittel für irgendeine Form von Werbe- oder Aufklärungskampagnen geben. Das klären Sie bitte mal, ob das die sinnvolle Maßnahme ist, denn Beratungsangebote gibt es zur Genüge, aber der Einzelne muss sich halt entscheiden, sie in Anspruch zu nehmen, sonst hat er im Moment nichts davon. Also verwiesen in den Sozialausschuss mit Ihrem Einverständnis.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
27. Mai 2016